

Punkt 3 der öffentlichen Sitzung am 29.06.2004

Vorlage Nr. 04-F-01-0044

**Vorfall bei der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft mbH Hessen (GWH)
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.06.2004 -**

Einem Wohnungssuchenden wurde von einer Sachbearbeiterin der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft mbH Hessen (GWH) mitgeteilt, dass er, um eine Wohnung der GWH weiterhin zu mieten, Deutsch können müsse. Diese Mitteilung wurde am 25.5.2004 in Anwesenheit eines Zeugen wiederholt.

Eine derartige Entscheidungspraxis stellt nicht nur die ungerechtfertigte Benachteiligung und Diffamierung hier lebender Menschen mit 'Migrationshintergrund' dar, von ihr würde auch ein nicht vertretbares Signal an private Vermieter ausgehen.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Ausschuss verurteilt das diskriminierende Verhalten der Mitarbeiterin der GWH.

Der Magistrat wird ferner gebeten,

zu bestätigen, dass nicht vorhandene Deutschkenntnisse kein Kriterium für die Verweigerung eines Mietvertrages bei gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften sein dürfen;

auf die GWH einzuwirken, die Entscheidung im oben beschriebenen Einzelfall rückgängig zu machen.

Beschluss Nr. 0046

1. Der Antrag gilt als eingebracht.
2. Die Ausführungen der antragstellenden Fraktion und des sachkundigen Bürgers, Herrn Bülent
3. Ekiz, werden zur Kenntnis genommen.
4. Der Ausschuss wird die Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft mbH Hessen (GWH) um eine schriftliche Stellungnahme zu dem Vorfall bzw. Sachdarstellung bitten.
5. Die Angelegenheit ist zur weiteren Beratung für die Sitzung des Ausschusses am 14.09.2004 vorgesehen.

- Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration-

Seite 2 des Beschlusses Nr. 0046 vom 29.06.2004

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .07.2004

Müller
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .07.2004

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .07.2004

Dezernat VII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Diehl
Oberbürgermeister